

VERBÄNDE AKTUELL

?Ohne uns kein Essen?



Motivbild: www.pexels.com

Der DEHOGA Bayern will im Rahmen der Aktionswoche ?Ohne uns kein Essen? auf öffentlichen Kundgebungen darauf aufmerksam machen, dass geplante und bereits erfolgte Steuerhöhungen und Subventionsstreichungen das Alltagsleben der Menschen massiv verteuern, den Betrieben schaden und deshalb rückgängig gemacht werden müssen. DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer betont: ?Alle teilnehmenden Branchenverbände vereint im Ergebnis ein Ziel: Essen muss bezahlbar bleiben. Ohne Bauern kein Essen. Aber auch ohne Wirte kein Essen!? Inselkammer weiter: ?Wer Steuervergünstigungen bei Agrardiesel streicht oder Steuern auf landwirtschaftliche Maschinen einführen will, verteuert unsere Lebensmittel. Wer Steuern auf Essen in Restaurants von sieben auf 19 Prozent erhöht, der führt Betriebe in den Ruin, zerstört regionale Wertschöpfungsketten, vernichtet Arbeitsplätze und nimmt insbesondere denjenigen, die keine Besserverdienenden sind, Lebensqualität. Durch die Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen werden Teile der Bevölkerung von Essen als soziale Teilhabe ausgeschlossen, stehen familiengeführte, mittelständische Betriebe vor dem wirtschaftlichen Aus und wird die Gastronomie als Teil der Lösung hin zu mehr Nachhaltigkeit und Regionalität zerstört.? Inselkammers Appell an die Bundesregierung: ?Essen muss bezahlbar bleiben. Und dafür braucht es auch eine Rücknahme der Steuererhöhung auf Speisen. Wir brauchen sieben Prozent einheitlich auf Essen, nur das ist fair und gerecht.?

DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert erläutert: ?Unser

Aktionsbündnis eint, dass unsere familiengeführten Betriebe systematisch kaputt gemacht werden. Dabei waren es die klein- und mittelständischen Betriebe, die Deutschland erst groß gemacht und durch alle Krisen geführt haben. Geppert wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, warum sich die Bundesregierung nicht um das kümmert, was für die Wirtschaft wirklich wichtig ist: ?Statt zusätzlichen Belastungen brauchen wir Entlastungen. Neben der Rücknahme der Steuererhöhungen ist das, was wir alle brauchen, eine flexible Wochenarbeitszeit. Dabei geht es nicht darum, mehr arbeiten zu müssen, sondern dann arbeiten zu können, wenn die Arbeit anfällt. Zudem brauchen wir dringend Meilensteine im Bürokratieabbau. So kann es doch nicht weitergehen: Die Belastungen nehmen immer mehr zu. Es ist immer utopischer, alles erfüllen zu können. Wir ersticken in Bürokratie.?

Angesichts der im Rahmen von Protesten aufgetretenen Vorkommnisse der vergangenen Tage betonen Inselkammer und Geppert: ?So überlebenswichtig es für viele Betriebe ist, dass die Bundesregierung eine Kehrtwende macht, werden wir unsere Forderungen zwar deutlich und konsequent vortragen, aber immer sympathisch und friedvoll bleiben, ganz im demokratischen und gastgeberischen Werteverständnis. Wir haben explizit nicht zu Streiks oder Schließungen von Betrieben aufgerufen. Es geht vielmehr um sympathische Maßnahmen, die die Mehrheit der Bevölkerung mitträgt.?